



belarus- analysen

<http://www.laender-analysen.de/belarus/>

WIRTSCHAFTSPOLITISCHER AUSBLICK ENERGIEPROBLEME IN RUSSLANDS BEZIEHUNGEN MIT BELARUS

■ ANALYSE		
Stabilisierung erreicht, wirtschaftspolitischer Ausblick mit Unsicherheit behaftet		2
Von Gunter Deuber		
(Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen der Raiffeisen Bank International, Wien)		
■ STATISTIK		
BIP-Prognose		6
Staatsfinanzen		7
Rendite auf Anleihen in US-Dollar		8
Wechselkurs		9
Internationale Kapitalmarktfinanzierungen		9
Langfristige Wirtschaftsanleihen		10
■ ANALYSE		
Energieprobleme in Russlands Beziehungen mit Belarus		12
Von Andreas Heinrich		
(Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)		
■ STATISTIK		
Belarus' Energieversorgung		15
■ CHRONIK		
12. Juni – 24. September 2017		17

Stabilisierung erreicht, wirtschaftspolitischer Ausblick mit Unsicherheit behaftet

Von Gunter Deuber (Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen der Raiffeisen Bank International, Wien)

Zusammenfassung

Nach einem harten Austeritäts- und Stabilisierungskurs stabilisiert sich die Wirtschaftslage langsam. Mittlerweile ist – nach zwei Jahren der Rezession – ein BIP-Zuwachs von 1–2 Prozent möglich. Die stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik hat im Juni auch die viel beachtete Rückkehr an den internationalen Kapitalmarkt ermöglicht. Damit braucht Belarus fürs Erste keine weitere substanzielle externe finanzielle Unterstützung (etwa durch den IWF). Zudem profitiert Belarus von einer Entspannung in seinen Wirtschaftsbeziehungen mit Russland und der merklichen Wirtschaftserholung dort. Derzeit ist unklar, ob im Anschluss an den zwingend notwendigen Stabilisierungskurs auch noch ausstehende Strukturreformen folgen werden. Es gibt allerdings derzeit wenig Anzeichen dafür bzw. sogar erste Anzeichen, dass in Teilbereichen wieder »alte« wirtschaftspolitische Ideen an Einfluss gewinnen. Wobei eine Komplettabkehr von der Stabilitätsorientierung (aktiv verfolgt seit 2015) ebenfalls wenig wahrscheinlich ist. Die Staatsspitze bzw. die Präsidialverwaltung erkennen deren positiven Ergebnisse zumindest partiell an. Zudem handelt man hier quasi im Einklang mit Russland. Auch Gelder des »Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung« (EFSD) sind an eine gewisse Stabilitätsorientierung und makroökonomische Konditionalitäten – nicht an Strukturreformen – geknüpft.

Rückkehr zu moderatem Wirtschaftswachstum

Die gesamtwirtschaftliche Situation in Belarus hat sich im Jahresverlauf 2017 erkennbar stabilisiert. Diese Entwicklung ist maßgeblich drei Faktoren zuzuschreiben. Erstens zeitigen die wirtschaftspolitischen Stabilisierungsmaßnahmen der letzten Jahre erste Erfolge; auch wenn bis dato kaum tiefere strukturelle Reformen umgesetzt wurden. Zudem gibt es nach einer Phase lang anhaltender Stagnation einen gewissen aufgestauten Investitions- und Konsumbedarf, der nun bei einer sich stabilisierenden gesamtwirtschaftlichen Lage wie ein Katalysator wirkt. Zweitens unterstützt die im Herbst 2016 erfolgte Gaspreiseinigung mit Russland (nach einer Reduktion der Lieferungen zum Jahresbeginn 2016) maßgeblich die Industrieproduktion und die gesamtwirtschaftliche Lage in Belarus. Die Industrieproduktion steigt nachdrücklich und dies v. a. rechnerisch im Vergleich zum Vorjahr, da der Industriesektor hart vom Gasstreit getroffen worden war. Für die kommenden 12–18 Monate droht hier erstmal wenig Ungemach, da die aktuelle Gaspreisvereinbarung auch für 2018 und 2019 gilt. Drittens kommt die sich abzeichnende graduelle Erholung der gesamtwirtschaftlichen Situation in Russland (besonders prononciert im Industriesektor) und anderen Mitgliedern der Eurasischen Wirtschaftsunion (v. a. Kasachstan) auch Belarus zu Gute. Die zuvor genannten Faktoren haben z. B. ein Exportwachstum von 20 Prozent im ersten Halbjahr 2017 begünstigt (die Exporte nach Russland legten sogar mit über 30 % zu), das BIP-Wachstum lag im ersten Halbjahr bei

etwa 1 Prozent. Daher sollte die Wirtschaftsleistung in Belarus 2017 nach zwei Jahren der Rezession erstmals wieder zulegen. Im Juli hat erstmals seit Jahren wieder eine international anerkannte Agentur zu Bewertung von Länderbonitäten ihre Einschätzung zu Belarus erhöht bzw. ihre Einschätzung mit einem positiven Ausblick versehen. Schließlich trägt die positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung auch dazu bei, dass noch verbleibende Problembereiche vorsichtiger und ohne gewaltige gesamtwirtschaftliche Rückschläge angegangen werden können (etwa die Rückführung der gelenkten Kreditvergabe und die Aktivaqualität im Bankensektor). Die zuvor erwähnten Wirtschaftsdaten und Entwicklungen zeigen: Die makroökonomische Stabilisierungspolitik der letzten Jahre wird von Erfolg gekrönt. Vor allem hat Belarus es wieder einmal geschafft, aus einer prekären makrofinanziellen Situation nicht in eine verheerende Wirtschafts- und Finanzkrise abzugleiten. In diesem Sinne hat Belarus erneut seine spezifischen Kompetenzen im kurzfristigen Stabilisierungs- und Krisenmanagement unter Beweis gestellt.

Auch in Bezug auf die Inflationsentwicklung kann man – bei einer erwarteten Inflation von 6–7 Prozent für 2017 – für lokale Verhältnisse fast von »Preisniveaustabilität« sprechen. Angesichts des nachlassenden Inflationsdrucks wurde der Leitzins im September auf 11,5 Prozent festgesetzt; seit 2011 bis in die Jahresmitte 2016 hinein hatte der Leitzins (weit) über 20 Prozent gelegen. Die sich abzeichnende Disinflation sowie niedrigere Leitzinsen ermöglichen zunehmend die Bereitstellung von Krediten zu akzeptablen Zinskonditionen.

Insofern ist eine nachhaltige moderate Inflation auch ein zentraler Bestandteil der Zielsetzung, die staatliche gelenkte Kreditvergabe zu reduzieren bzw. bei der Finanzintermediation mehr auf marktorientierte Prozesse und Konditionen zu setzen. Angesichts der stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik gibt es derzeit auch keine ausgeprägten gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichte, welche in der Vergangenheit immer wieder zu drastischen Währungsabwertungen und Wirtschaftskrisen geführt haben. Das Leistungsbilanzdefizit liegt für Belarus derzeit mit ca. 3,5 Prozent des BIP auf moderaten Niveaus, es ist zumindest kurz- bis mittelfristig tragfähig und daher könnte sich auch – nach Jahren des Anstiegs – die Auslandsverschuldung (in Prozent des BIP) 2017 und 2018 wieder stabilisieren. Insofern gibt es derzeit auch keinen starken Abwertungsdruck auf die Landeswährung, die jüngst sogar eine leichte Aufwertung gegenüber dem US-Dollar erfahren konnte. Derzeit besteht sogar eher das Risiko, dass die Währung zu stark werden könnte bzw. so die wirtschaftliche Erholung gebremst werden könnte. Angesichts der zuvor skizzierten Entwicklungen konnten auch die Devisenreserven im ersten Halbjahr merklich um 1,7 Milliarden US-Dollar zulegen. In den kommenden Jahren sollen die Devisenreserven auf mindestens 8 Milliarden USD ansteigen, eine Zielsetzung, die mittelfristig eine Fortsetzung der aktuellen stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik erfordern würde.

Zudem wird in Teilbereichen der offiziellen Wirtschaftsstatistiken zunehmend die Realität genauer abgebildet. So kam es etwa im Bereich des Bankensektors in den letzten 12 Monaten zu umfassenden Revisionen. Damit haben sich zwar vordergründig einige Kennzahlen substantiell verschlechtert (etwa in Bezug auf die Aktiva-Qualität bzw. die notleidenden Kredite), andererseits schenken externe Beobachter den Zahlen nun etwas mehr Vertrauen. In Bezug auf den Umfang der Staatsaktivität und die Staatsschulden bestehen aber noch erhebliche Unterschiede zwischen den nationalen Zahlen und den Daten internationaler Beobachter (wie etwa dem IWF), wie im Verlauf des Beitrages noch zu erläutern sein wird.

Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte

Angesichts einer sich abzeichnenden gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung, moderater wirtschaftlicher Ungleichgewichte und damit zumindest kurz- bis mittelfristig niedrigerer gesamtwirtschaftlicher Risiken ist Belarus im Juni 2017 auch die Rückkehr an die internationalen Kapitalmärkte gelungen. Unter Zuhilfenahme zweier westlicher Großbanken konnte erfolgreich die bis dato größte internationale Kapitalmarktfinanzie-

rung arrangiert werden. Belarus emittierte international gehandelte Dollar-Anleihen im Gesamtwert von 1,4 Milliarden US-Dollar und kehrte nach Jahren wieder an die internationalen Finanzmärkte zurück (zuletzt waren 2010 und 2011 internationale Anleihen begeben worden). Ursprünglich war »nur« ein Emissionsvolumen von 1 Milliarde USD angepeilt (das höhere Volumen deutet auf eine rege Nachfrage hin). Zudem konnte erstmals eine zehn Jahre laufende internationale Kapitalmarktfinanzierung platziert werden, wobei die insgesamt 1,4 Milliarden USD in zwei Tranchen platziert wurden (in einer Fünfjahresanleihe über 800 Millionen USD und einer Zehnjahresanleihe über 600 Millionen USD). Im Rahmen dieser Kapitalmarktfinanzierung waren einige interessante Aspekte zu beobachten. Die Platzierung erfolgte »nur« über eine westeuropäische und eine US-amerikanische Großbank (Raiffeisen Bank International aus Österreich, Citigroup) sowie die Entwicklungsbank aus Belarus, nicht aber über eine russische (Staats-)Bank. Zudem wurden sehr aktiv US-Investoren angesprochen und bedient, während es vermieden wurde Investoren anzusprechen, die in irgendeiner Weise russische (*Offshoring*-)Gelder repräsentieren könnten. Daher erfolgte auch eine nach Marktstandards sehr hohe Zuteilung in die USA bzw. eine eher geringe Zuteilung in das Vereinigte Königreich (London) und nach Kontinentaleuropa.

Die Rückkehr an den internationalen Finanzmarkt mit langlaufenden Anleihen diversifizierte die externe Finanzierung von Belarus, erleichtert so auch die zukünftige Bedienung von Auslandsschulden und ist damit auch ein weiterer wichtiger Baustein der stabilitätsorientierten wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Zudem war diese Transaktion erst nach der Normalisierung der politischen Beziehungen (auch in Bezug auf Wirtschaftssanktionen) mit der EU und den USA möglich. Bis dato war die Preisentwicklung der neu platzierten Anleihen sehr solide. Die Rendite der fünfjährigen Anleihen sank seit der Platzierung von 6,4 % auf 5,2 %, die der langlaufenden Zehnjahres-Anleihe von 7,2 % auf 6 %. Daher konnten viele Zeichner dieser Anleihen bis dato ansehnliche (Buch-)Gewinne verzeichnen. Allerdings ist zu beachten, dass Belarus von einem insgesamt sehr positiven Marktumfeld profitiert hat. Dies wird durch die Tatsache belegt, dass in den letzten Monaten viele wirtschaftlich schwächere Länder großvolumige Anleihen auf den internationalen Finanzmärkten platzieren konnten (etwa Tadschikistan; die Ukraine steht nach der Umschuldung von 2015 ebenfalls vor der Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte). Zudem sind die Belarus-Anleihen immer noch mit hohen Zinskupons versehen (um die 7 %) und werden damit im Marktsegment hochriskanter *Emerging-Markets*-Anlei-

hen gehandelt. Daher kann nicht garantiert werden, dass auch zukünftige Marktfinanzierungen so reibungslos ablaufen. Dennoch erscheint es möglich, dass Belarus eher früher als später nochmals an den internationalen Finanzmarkt zurückkehrt bzw. die bereits begebenen Anleihen aufgestockt werden. Zumal es im Rahmen der Erstplatzierung von 1,4 Milliarden USD etwa 2,5 Milliarden USD an (potenzieller) Investorennachfrage gab. Allerdings sollte das Investoreninteresse an Belarus auch nicht überbewertet werden. Denn die internationalen Finanzmarktinvestoren setzten darauf, dass externe Schuldenbedienung (wie in der Vergangenheit) ein (wirtschafts-)politisches Oberziel bleibt und dies im aktuellen politischen Setting – auch auf Kosten der Bevölkerung – relativ einfach umzusetzen ist.

Verbleibende Unsicherheiten

Im Rahmen der Rückkehr an die internationalen Finanzmärkte wurde indes deutlich, dass noch erhebliche Unsicherheit in Bezug auf die potenziellen Risiken für die Staatsfinanzen besteht bzw. offizielle (nationale) Zahlen und die Daten des Internationalen Währungsfonds zu Staatsschuld und Defizit (noch) weit auseinanderliegen. Belarussischen Statistiken zufolge liegen die Staatsschulden bei knapp über 30 Prozent des BIP; ein akzeptabler Wert für eine Volkswirtschaft mit dem Entwicklungsgrad von Belarus. Den nationalen Statistiken zufolge weist der Staat seit 2011 einen Haushaltsüberschuss auf (2016 lag dieser bei 1,5 % des BIP). Im Gegensatz dazu sieht der IWF die Staatsschulden bei knapp 60 Prozent des BIP (ein eher hoher Wert für eine Ökonomie wie Belarus), mit Defiziten von über 4 Prozent des BIP in den Jahren 2015 und 2016. Diese Diskrepanz ist vor allem auf die unterschiedliche Behandlung von Staatsgarantien und damit verbundenen (Eventual-)Verbindlichkeiten verbunden. Dennoch wird deutlich, dass der Umfang der Staatsaktivität (inklusive möglicher Risiken und Eventualverbindlichkeiten für die Regierung), die gesamtwirtschaftliche Resilienz und auch die Erfolge der makroökonomischen Stabilisierung durchaus unterschiedlich bewertet werden. Interessant ist, dass sich Belarus im Rahmen des Vermarktungsprozesses sehr stabilitäts- und reformorientiert präsentierte. Vertreter von relevanten Institutionen (v. a. der Notenbank oder der Entwicklungsbank von Belarus) haben unterstrichen, dass das Land in Bezug auf wichtige makroökonomische Parameter de facto im Einklang mit möglichen IWF-Auflagen agiert; ohne derzeit aber ganz aktiv den Abschluss eines Unterstützungsabkommens anzustreben. Zudem wurden gewisse (Teil-)Privatisierungen und die nahezu komplette Rückführung der staatlich gelenkten Kreditvergabe in Aussicht gestellt. Ferner wurde (u. a. nach der Normalisierung der poli-

tischen Beziehungen mit der EU) ein wirtschaftspolitischer Fokus auf die Steigerung des Außenhandels mit Asien (v. a. mit China) und der EU betont, wodurch der Anteil Russlands am Außenhandel langfristig auf etwa 30 Prozent sinken würde (derzeit liegt er bei knapp 50 %!). Letztere Verlautbarungen könnten als moderate Abkehr von Russland verstanden werden, doch sollten sie mit Vorsicht genossen werden. Russland wird auf absehbare Zeit der dominante Wirtschaftspartner bleiben, auch wenn Belarus versucht, im Handel oder bei den Finanzierungsquellen etwas unabhängiger zu werden und dies so offiziell präsentiert. Immerhin erscheint eine solche Diversifikation angesichts der Russlandkonzentration im Wirtschaftsbereich und im Außenhandel ökonomisch rational. Etwas schwer vermittelbar war indes die Erklärung, dass man quasi im Einklang mit (makroökonomischen) IWF-Auflagen handle und dennoch (unmittelbar) kein Abkommen anstrebe. Es wurde auf eine noch verbleibende Reserviertheit an der Staatsspitze bzw. in der Präsidialverwaltung verwiesen, und das, obgleich es informierten Kreisen zufolge eine Zusage der IWF-Spitze gibt, keine zu harten Struktur-reformen im Kontext eines Abkommens einzufordern. Daher ist die Frage legitim, ob es derzeit wirklich einen starken wirtschaftspolitischen Konsens in Belarus gibt oder eben doch unterschiedliche wirtschaftspolitische Auffassungen in verschiedenen staatlichen Institutionen und/oder verschiedenen Politiker- und Bürokratiegenerationen vorliegen.

Fortsetzung möglich?

Angesichts der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der letzten Jahre sprechen einige Beobachter durchaus gerne von einem Paradigmenwechsel in Belarus, wobei angesichts aktueller Entwicklungen zu hinterfragen ist, ob der wirtschaftspolitische Kurs der letzten Jahre auch 2018 und darüber hinaus wirklich konsequent fortgesetzt wird. Bis dato konnte die Staatsspitze bzw. die Präsidialadministration von der Sinnhaftigkeit einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik überzeugt werden. Unklar ist derzeit allerdings, ob diese Unterstützung weiterhin so gegeben sein wird. Jüngsten wirtschaftspolitischen Äußerungen zufolge positioniert sich die Staatsspitze bzw. Präsidialverwaltung zum Teil skeptisch in Bezug auf die wirtschaftspolitischen Erfolge von 2017. Dies gilt vor allem in Bezug auf das Wirtschaftswachstum, die Lohnentwicklung und die Erschließung neuer Märkte. Aktuell sind wieder deutliche Forderungen der Staatsspitze nach höheren Lohnzuwächsen zu erkennen, insbesondere auch für niedrigere Einkommenschichten. Die stabilitätsorientierte Fraktion der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger legt weiterhin Lohnsteigerungen im Einklang oder sogar unterhalb des erfolgten

Produktivitätszuwachs nahe. Gemäß aktuellen Verlautbarungen soll einer Lohnsteigerung im Firmensektor eine in Planung befindliche Lohnsteigerung im öffentlichen Sektor vorangehen. In den Kontext einer möglichen Rückkehr zu »rückwärtsgewandten« wirtschaftspolitischen Ideen gehört auch die Ankündigung eines umfassenden Investitionsplans (im Rahmen von knapp 7 Milliarden belarussischen Rubeln bzw. über 3 Milliarden USD) mit dem Ziel, den an sich international wenig wettbewerbsfähigen Maschinenbausektor substanziell zu fördern. Der Bankensektor und hier vor allem die großen Staatsbanken sollen noch 2017 und darüber hinaus aktiv die zinsgünstige Hauskreditvergabe fördern bzw. subventionieren. Hierfür sind zunächst 250 Millionen belarussische Rubel (BYR) vorgesehen.

Die zuvor skizzierten Maßnahmen erinnern partiell an die wenig nachhaltige Lohn- und Konjunkturstimulierung der Vergangenheit. Solche Maßnahmen könnten aber mittelfristig – wie in der Vergangenheit – auch wieder zur Währungsabwertung beitragen. Insofern ist derzeit nicht ganz klar, ob Belarus den wirtschaftspolitischen Kurs der letzten Jahre partiell revidieren wird. Wobei eine prinzipielle Fortsetzung der stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik – bei maximal partiellen Ausnahmen – angezeigt wäre, um weitere wirtschaftspolitische Ziele zu erreichen. Hier wären etwa die Entwicklung des heimischen Finanzmarktes (etwa für Staatsanleihen, zum Tausch von Schulden in Eigenkapital oder zum Handel von notleidenden Vermögenswerten), weitere internationale Fremdkapitalfinanzierungen (etwa für den Staat, für Banken oder Firmen), mögliche internationale Börsengänge oder auch erdenkliche (Teil-)Privatisierungen (etwa im Bankensektor) zu nennen. Derzeit gibt es Planungen, dass im Nachgang der internationalen Anleiheplatzierung des Staates etwa zwei oder drei staatsnahe Firmen bzw. Banken sich an die internationalen Finanzmärkte wagen könnten. Auch der belarussische Einzelhandelsriese »Euroopt« könnte sich an die internationalen Kapitalmärkte wagen. In Bezug auf die Bankensektorrestrukturierung verdichten sich die Gerüchte in Bezug auf ein unmittelbar bevorstehendes substanzielles Engagement der »Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung« (EBWE) in Belarus, etwa bei der »Moskau-Minsk Bank« (BMM). Substanzielle Kapitalanteile der EBWE sind meist die Vorstufe einer (Teil-)Privatisierung.

Für 2017 wird gemäß jüngeren Verlautbarungen (etwa des Wirtschaftsministers) mit einem BIP-Zuwachs von 1,7 Prozent gerechnet, einer realistischen Zielgröße. Derzeit lassen mittelfristige Planungen von Regierungsstellen indes auf ein BIP-Wachstumsziel von 3,5 bis 4 Prozent schließen. Gegenwärtig ist unklar, wie ein solcher Zuwachs an Wirtschaftsleistung erreicht wer-

den kann. Im Falle einer weiter angezeigten stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik (die eine weitere Rückführung der staatlich gelenkten und wenig nachhaltigen Kreditvergaben bedeuten würde) sowie angesichts eines eingeschränkten langfristigen Wachstumspotentials der russischen Wirtschaft scheint in Belarus derzeit ein Potenzialwachstum von 2–2,5 Prozent realistisch. Wobei die zuvor skizzierten aktuell diskutierten wirtschaftspolitischen Maßnahmen offiziellen Verlautbarungen zufolge schon für 2018 ein BIP-Zuwachs von deutlich über 3 Prozent sicherstellen sollen (v. a. unterstützt durch die »staatsnahen« Sektoren Industrie, Bau, Landwirtschaft sowie den Finanzsektor).

Diversifizierungsbemühungen, aber keine Alternativen zu Russland und der EAWU

Die vermeldeten Kooperationsvorhaben mit China im Bereich der Wirtschaft nehmen weiter deutlich zu und in Belarus sind immer wieder Forderungen nach mehr chinesischem Engagement zu vernehmen. Diese Entwicklung passt zu dem zuvor skizzierten strategischen Vorhaben der Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen. Allerdings verfolgt Belarus auch weiterhin zahlreiche wirtschaftliche Kooperationsprojekte (wie auch neue Projekte) mit Russland. Daher kann hier von keiner Abkehr gesprochen werden. Des Weiteren wird für Belarus als Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) eine selbstständige wirtschaftliche Annäherung an die EU oder andere Wirtschaftspartner schwierig bis unmöglich. Hier wäre Belarus vor allem auf eine Annäherung zwischen der EU und der von Russland dominierten EAWU angewiesen. Derzeit gibt es hierfür allerdings keine belastbaren Anzeichen, während es durchaus einige bereits abgeschlossene oder derzeit in Verhandlungen befindliche (Frei-)Handelsabkommen der EAWU mit einigen Ländern gibt. Davon könnte auch Belarus langfristig profitieren. Angesichts des aufgezeigten Bestrebens nach Diversifizierung ist dennoch verständlich, dass Belarus klar Initiativen unterstützt, die auf eine Annäherung zwischen EAWU und EU setzten (etwa die Initiative »Lissabon-Wladiwostok«, unterstützt auch vom Ostausschuss der Deutschen Wirtschaft).

Zudem kann in Bezug auf die aktuelle strategische wirtschaftspolitische Ausrichtung nicht unbedingt von einer Abkehr von Russland gesprochen werden. Die aktuelle stabilitätsorientierte Ausrichtung entspricht grundsätzlich der wirtschaftspolitischen Orientierung in Russland selbst. Russland fordert im Rahmen von bilateralen oder multilateralen Finanzierungen zudem ohnehin von Belarus eine gewisse Stabilitätsorientierung ein. So erfolgte etwa auch die Auszahlung einer neuen Tranche des EFSD unmittelbar nach der positiv

zu bewertenden Rückkehr von Belarus an den internationalen Finanzmarkt. Zudem bedienen sich auch der russische Staat und russische Firmen der selektiven Finanzierung auf den internationalen Kapitalmärkten, unter Zuhilfenahme von westlich dominierter Infrastruktur. Des Weiteren verfolgt Russland selber eine länger angelegte strategische Ausrichtung nach China und Asien (auch im Rahmen der EAWU). Daher kann hier sogar von einer gewissen Interessen-Kollusion gesprochen werden. Insofern ist derzeit im Wirtschaftsbereich maximal ein mildes Streben nach einer vorsichtigen Diversifizierung (etwa bei den Finanzierungsquellen oder im Außenhandel) erkennbar, aber keine Abkehr von Russland. Intakte Wirtschafts- und Finanzbeziehungen zu Russland sind einfach unersetzlich. Die direkte und indirekte finanzielle Unterstützung Russlands für Belarus (ab dem Jahr 2000: Gaspreisrabatte, bilaterale oder multilaterale Kredite, etwa des Eurasischen Entwicklungsbank bzw. des Eurasischen Fonds für Stabilisierung und Entwicklung) beläuft sich auf mindestens 100 Milliarden USD. Im Gegensatz dazu

liegt die finanzielle Unterstützung durch China (erfolgte und angekündigte Projekte und Kredite) im Bereich von 10–20 Milliarden USD; und am internationalen Finanzmarkt konnte Belarus über die letzten Jahre »nur« Summen im Bereich von USD 5 Milliarden lukrieren. In internationalen Bankstatistiken der »Bank für Internationalen Zahlungsausgleich« gibt es derzeit »nur« ca. USD 3 Milliarden an *Exposure* gegenüber Belarus (in der Spitze 2011 waren hier ca. 6 Milliarden USD ausgewiesen). Die skizzierten Summen zeigen, dass Russland auf absehbare Zeit der dominierende Partner von Belarus bleiben wird. Dies gilt insbesondere, solange keine breit angelegten wirtschaftlichen und politischen Reformen erkennbar sind. Auf absehbare Zeit wird indes vom Bereich Wirtschaft kein massiver (politischer) Reformdruck ausgehen, da es Belarus mal wieder gelungen ist, mit spezifischen Stabilisierungs- und Krisenmanagementkompetenzen (und externem Rückenwind) kurzfristig eine tiefeschürfende Wirtschafts- und Finanzkrise abzuwenden; die Nachhaltigkeit des Wirtschaftsmodells hat sich nicht substantiell erhöht.

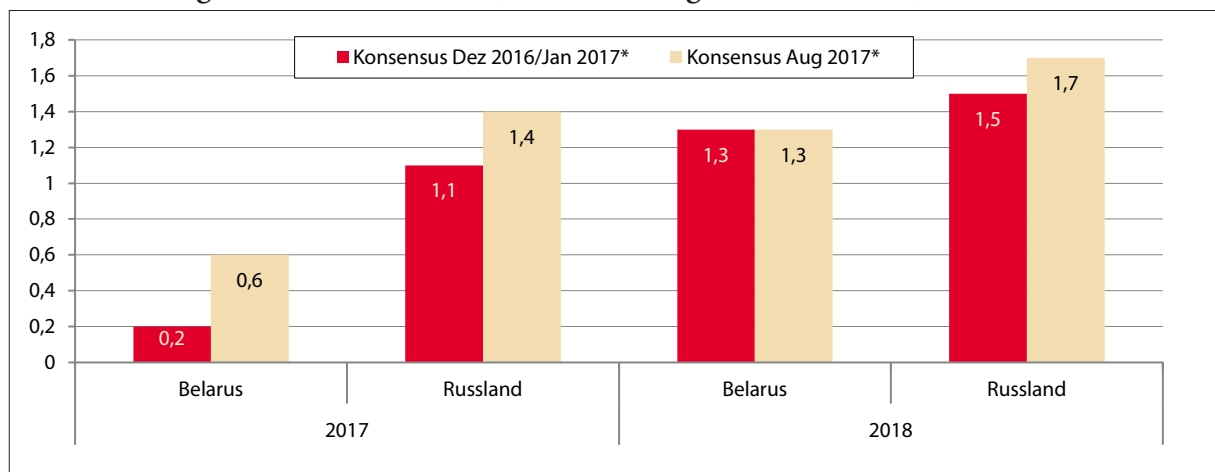
Über den Autor

Gunter Deuber leitet die Abteilung Volkswirtschaft, Zinsen, Währungen bei der Raiffeisen Bank International (RBI) AG, Wien, die größte in Belarus tätige Auslandsbank. Der vorliegende Beitrag gibt die Auffassung des Autors und nicht notwendigerweise die Ansicht der RBI AG wieder.

STATISTIK

BIP-Prognose

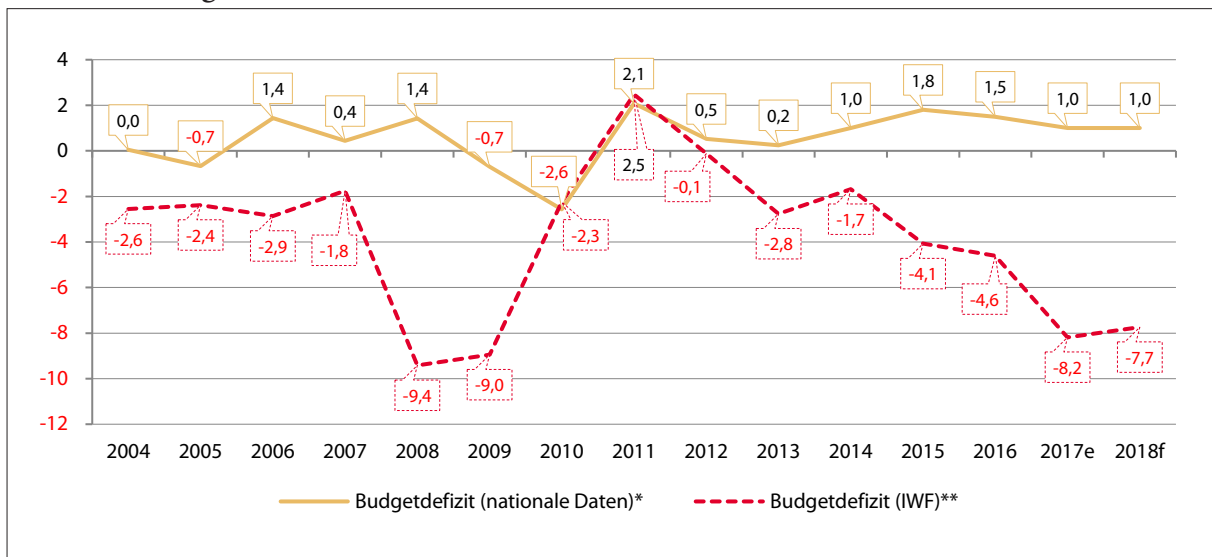
Grafik 1: Prognosen BIP-Wachstum (Belarus im Vergleich zu Russland)



* Durchschnittsprognose von über zehn Prognoseinstitutionen zu dem jeweiligen Land und jeweiligen Zeitpunkt
Quelle: Consensus Economics, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Staatsfinanzen

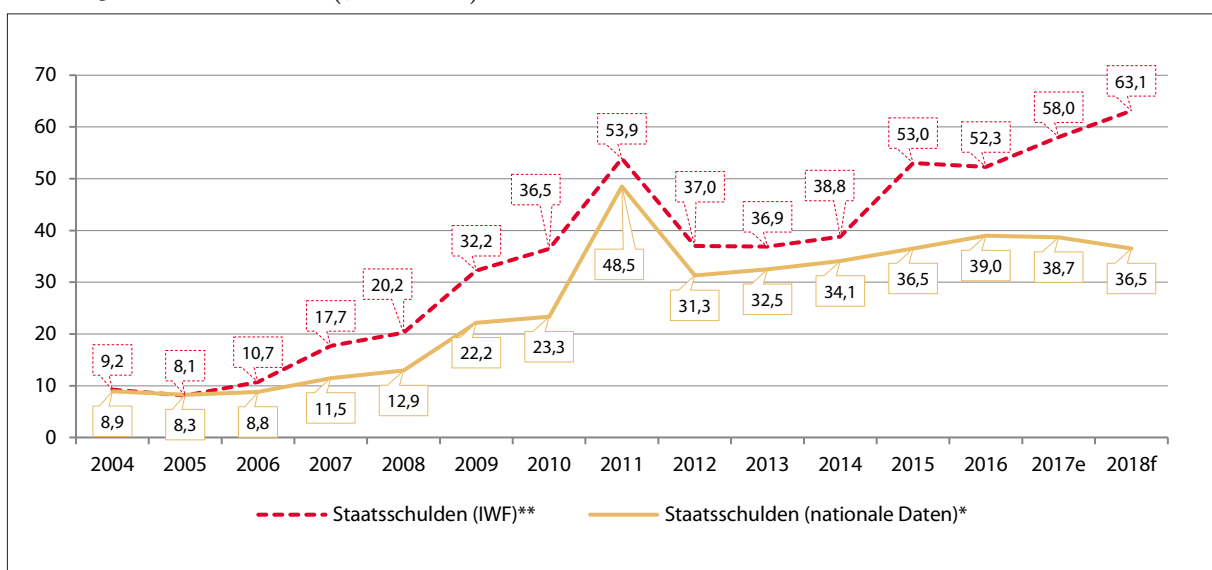
Grafik 2: Budgetdefizit (% des BIP): Nationale belarussische Daten versus IWF-Daten



* 2017 und 2018 RBI/Raiffeisen RESEARCH Prognosen basierend auf nationalen Daten

** IWF-Projektionen gemäß World Economic Outlook Frühjahr 2017

Grafik 3: Staatsschulden (% des BIP): Nationale belarussische Daten versus IWF-Daten

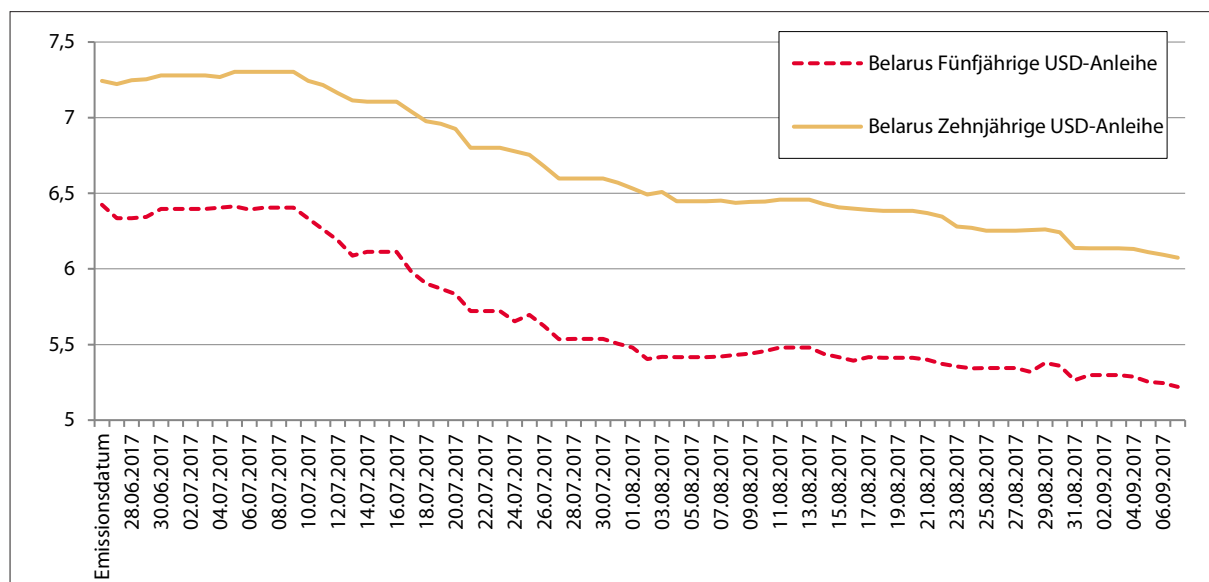


* 2017 und 2018 RBI/Raiffeisen RESEARCH Prognosen basierend auf nationalen Daten

** IWF-Projektionen gemäß World Economic Outlook Frühjahr 2017

Rendite auf Anleihen in US-Dollar

Grafik 4: Rendite auf USD-Anleihen Belarus



Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

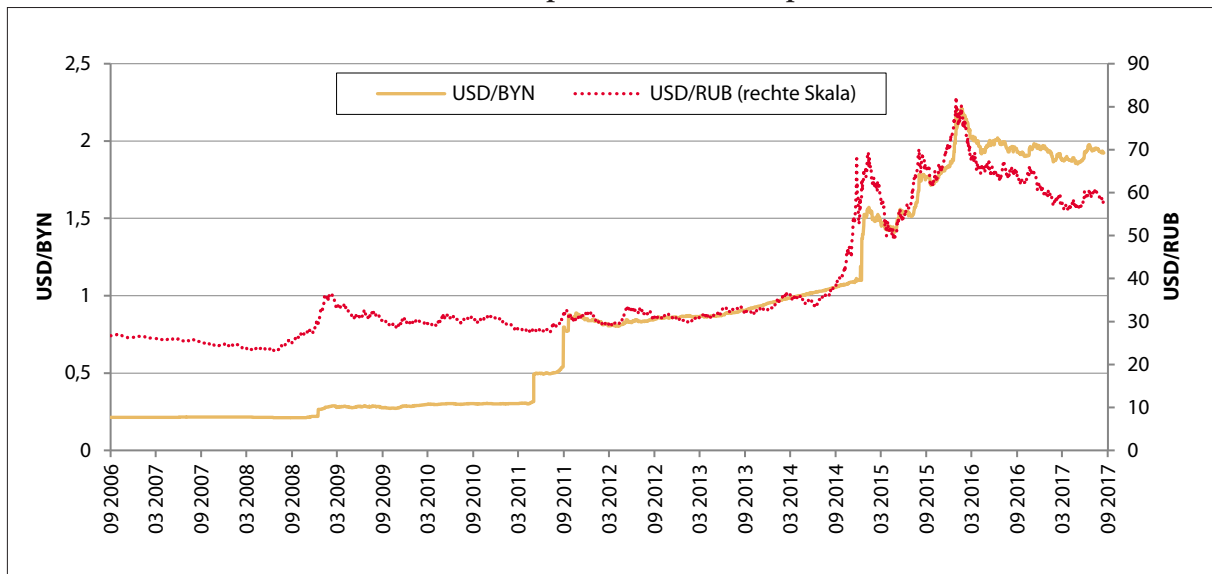
Tabelle 1: Rendite auf USD-Anleihen Belarus

Emissionsdatum	Belarus Fünffährige USD-Anleihe	Belarus Zehnjährige USD-Anleihe
27.06.2017	6,336	7,223
28.06.2017	6,336	7,248
29.06.2017	6,344	7,254
30.06.2017	6,396	7,28
01.07.2017	6,396	7,28
02.07.2017	6,396	7,28
03.07.2017	6,396	7,28
04.07.2017	6,404	7,268
05.07.2017	6,413	7,303
06.07.2017	6,393	7,303
07.07.2017	6,404	7,303
08.07.2017	6,404	7,303
09.07.2017	6,404	7,303
10.07.2017	6,333	7,244
11.07.2017	6,262	7,215
12.07.2017	6,19	7,162
13.07.2017	6,087	7,113
14.07.2017	6,113	7,106
15.07.2017	6,113	7,106
16.07.2017	6,113	7,106
17.07.2017	5,982	7,04
18.07.2017	5,904	6,977
19.07.2017	5,869	6,96
20.07.2017	5,833	6,925
21.07.2017	5,721	6,8
22.07.2017	5,721	6,8
23.07.2017	5,721	6,8
24.07.2017	5,653	6,778
25.07.2017	5,696	6,755
26.07.2017	5,622	6,677
27.07.2017	5,534	6,598
28.07.2017	5,538	6,598
29.07.2017	5,538	6,598
30.07.2017	5,538	6,598
31.07.2017	5,505	6,57
01.08.2017	5,479	6,531
02.08.2017	5,403	6,491
03.08.2017	5,418	6,508
04.08.2017	5,417	6,448
05.08.2017	5,417	6,448
06.08.2017	5,417	6,448
07.08.2017	5,421	6,451
08.08.2017	5,432	6,437
09.08.2017	5,44	6,442
10.08.2017	5,456	6,446
11.08.2017	5,48	6,457
12.08.2017	5,48	6,457
13.08.2017	5,48	6,457
14.08.2017	5,437	6,429
15.08.2017	5,417	6,407
16.08.2017	5,394	6,399
17.08.2017	5,417	6,39
18.08.2017	5,412	6,384
19.08.2017	5,412	6,384
20.08.2017	5,412	6,384
21.08.2017	5,399	6,368
22.08.2017	5,373	6,346
23.08.2017	5,355	6,28
24.08.2017	5,343	6,271
25.08.2017	5,344	6,252
26.08.2017	5,344	6,252
27.08.2017	5,344	6,252
28.08.2017	5,318	6,257
29.08.2017	5,378	6,262
30.08.2017	5,36	6,241
31.08.2017	5,263	6,138
01.09.2017	5,297	6,137
02.09.2017	5,297	6,137
03.09.2017	5,297	6,137
04.09.2017	5,288	6,132
05.09.2017	5,253	6,11
06.09.2017	5,245	6,094
07.09.2017	5,22	6,074

Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Wechselkurs

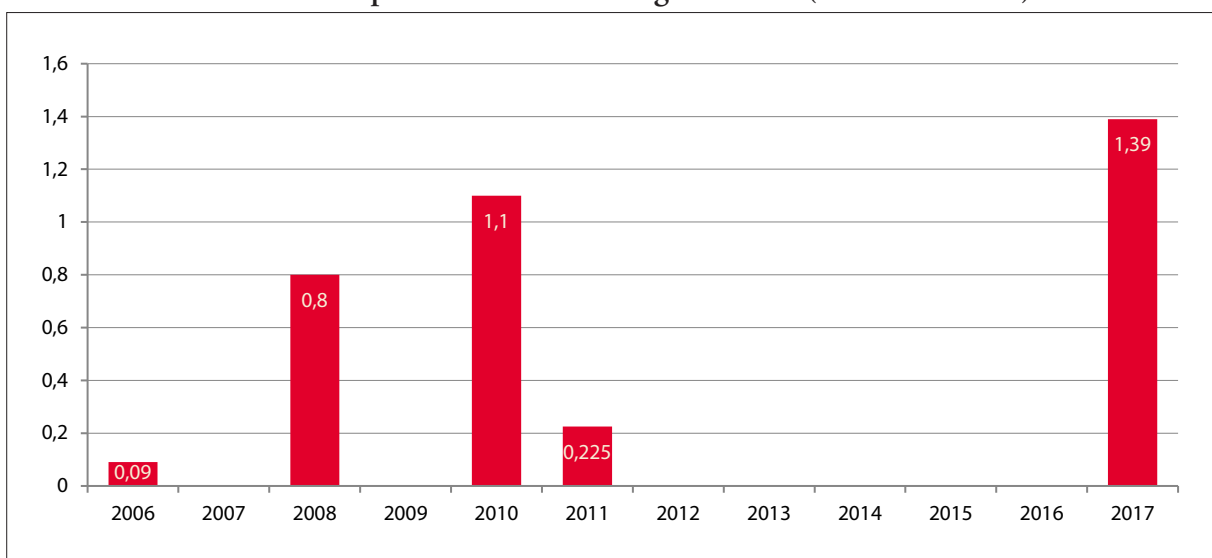
Grafik 5: Der Wechselkurs des belarussischen (BYN) und des russischen Rubels (RUB) gegenüber dem US-Dollar (USD) (September 2009 – September 2017)



Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Internationale Kapitalmarktfinanzierungen

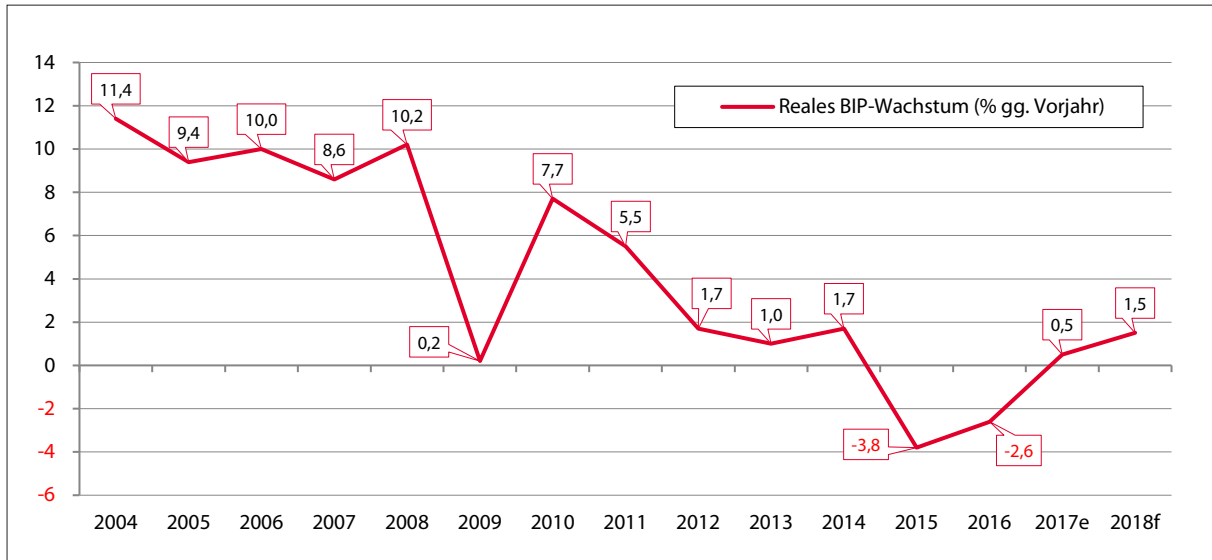
Grafik 6: Internationale Kapitalmarktfinanzierungen Belarus (Milliarden USD)



Quelle: Bloomberg, RBI/Raiffeisen RESEARCH

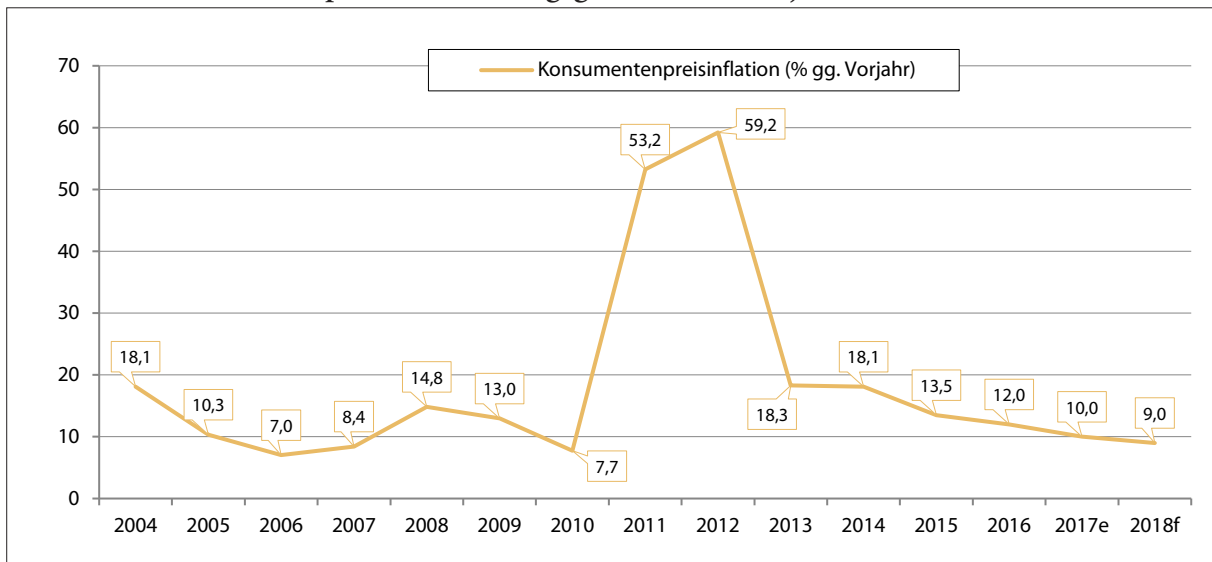
Langfristige Wirtschaftsanleihen

Grafik 7: Reales BIP-Wachstum (% gegenüber dem Vorjahr)



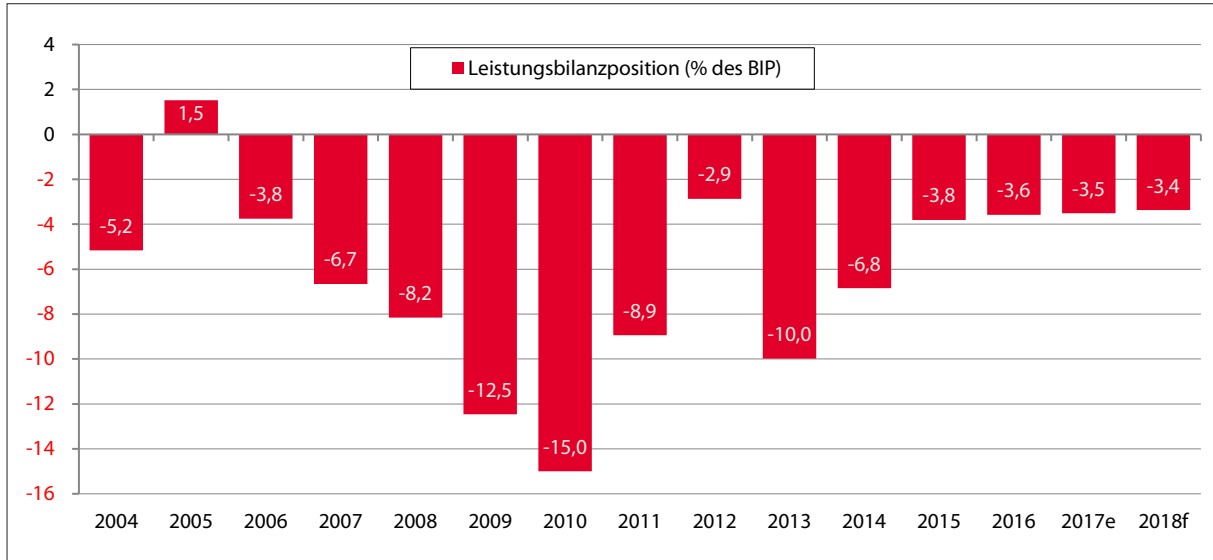
Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 8: Konsumentenpreisinflation (% gegenüber dem Vorjahr)



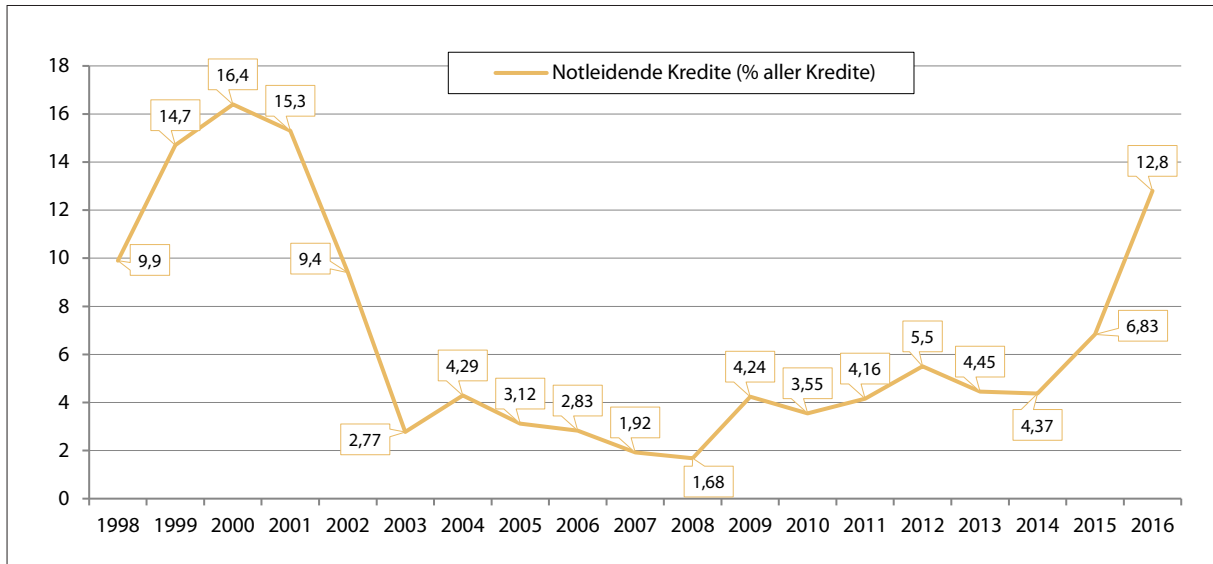
Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: Leistungsbilanzposition (% des BIP)



Quelle: nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 10: Notleidende Kredite (% aller Kredite)



Quelle: IWF, nationale Quellen, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Energieprobleme in Russlands Beziehungen mit Belarus

Von Andreas Heinrich (Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen)

Zusammenfassung

Der Energiesektor ist einer der Eckpfeiler der belarussisch-russischen Beziehungen. Belarus ist nahezu vollständig von russischen Erdöl- und Erdgaslieferungen abhängig und die subventionierten Energiepreise sind essenziell für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft des Landes. Russland wiederum benutzt die Energielieferungen als politisches Druckmittel gegenüber Belarus. Demzufolge führen Unstimmigkeiten über Energiepreise und die Art und das Ausmaß der wechselseitigen Kooperation häufig zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Ländern. Der jüngste Konflikt in dieser politisierten Energiepartnerschaft wird in diesem Beitrag näher analysiert.

Belarus: Energiearm und importabhängig

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion gab es erhebliche Änderungen im Primärenergieverbrauch von Belarus: Erdöl und Kohle wurden bei der Erzeugung von Elektrizität und Fernwärme weitgehend durch Erdgas ersetzt. Als Folge hat sich der Anteil von Erdgas am Primärenergieverbrauch zwischen 1990 und 2013 mehr als verdoppelt. Der Internationalen Energieagentur zufolge, bestand 2014 (aktuellere Daten sind nicht verfügbar) die Primärenergieversorgung von Belarus zu etwa 62 Prozent aus Erdgas und zu etwa 30 Prozent aus Rohöl. Erneuerbare Energien spielten nur eine geringe Rolle (siehe Grafik 1 auf S. 15).

Da Belarus selbst über keine wesentlichen Primärenergievorkommen verfügt, ist das Land größtenteils von Energieimporten abhängig. Russland deckt den belarussischen Importbedarf an Erdgas zu 100 Prozent und an Rohöl zu 90 Prozent (siehe Grafik 2 auf S. 15).

Die petrochemische Industrie ist für die belarussische Wirtschaft von strategischer Bedeutung. So wurden 2015 rund 25 Prozent der gesamten Exporteinnahmen des Landes aus dem Verkauf von verarbeiteten Erdölprodukten erzielt, die fast ausschließlich aus russischem Erdöl hergestellt wurden. Über 90 Prozent der belarussischen Strom- und Wärmeproduktion stammt aus gasbetriebenen Kraftwerken, die russisches Erdgas verwenden. Zusätzlich importiert Belarus auch einen geringen Teil seines Stroms aus Russland sowie anderen Ländern.

Die gravierende Abhängigkeit von russischen Energielieferungen wird sich voraussichtlich nicht ändern lassen. Nichtsdestotrotz verfolgt Belarus eine Strategie zum Ausbau des eigenen Energiepotenzials. Diese Strategie versucht den veralteten Energiesektor zu modernisieren und die Energieversorgung zu diversifizieren, indem – unter anderem – alternative Energielieferanten gefunden und der Anteil lokal erzeugter und erneuerbarer Energie in der belarussischen Energiebilanz bis 2020 auf 32 Prozent erhöht werden sollen.

Bisher konnte Belarus jedoch keine nachhaltige Alternative zu russischen Erdöllieferungen zu akzep-

tablen Preisen finden. Während eines Preiskonflikts mit Russland im Mai 2010, unterzeichnete Belarus einen Liefervertrag über 4 Millionen Tonnen Erdöl pro Jahr mit Venezuela, mit der Aussicht auf eine Erweiterung auf bis zu 10 Millionen Tonnen pro Jahr. Jedoch beschränkten sich die Öllieferungen aus Venezuela 2010 auf lediglich 1,8 Millionen Tonnen. Das Projekt wurde schließlich im Juni 2012 aufgegeben, da es wirtschaftlich nicht tragbar war. Nichtsdestotrotz führte dies zu einer neuen Vereinbarung mit Russland, die den Import von subventioniertem Rohöl zu noch günstigeren Preisen vorsah.

Seit dem Erdgaskonflikt von 2007 hat Belarus Pläne zur Errichtung eines Atomkraftwerks entwickelt. Im März 2011 wurde eine Vereinbarung mit der russischen Firma Rosatom über die Konstruktion eines 2,4 Gigawatt-Nuklearreaktors unterzeichnet, finanziert durch einen russischen Kredit über 9 Milliarden US-Dollar. Die Vereinbarung erlaubt Russland die Kontrolle über den Export der im Kraftwerk gewonnenen Energie. Obwohl das Projekt wirtschaftlich zukunfts-trächtig erscheint, wirft der Einfluss Russlands, gepaart mit Zweifeln an der Fähigkeit von Belarus den Kredit zurückzuzahlen, viele Fragen auf. Insbesondere Litauen hat auch Bedenken bezüglich der Sicherheit des Reaktordesigns.

Als Gegengewicht zur starken Abhängigkeit von Russland hat Belarus wiederholt seine Rolle als Transitland für russische Gaslieferungen nach Westeuropa herausgestellt. Eine bedeutende Erdölpipeline (Druschba) sowie zwei wichtige Erdgaspipelines (Sija-nie Sewera und Jamal-Europe) verlaufen durch Belarus.

Der russische Erdgaskonzern Gazprom besitzt die Kontrolle über die Jamal-Europe Transitpipeline seit ihrer Fertigstellung; nach der Übernahme des belarussischen Pipelinebetreibers Beltransgaz, welche 2011 abgeschlossen wurde, kontrolliert Gazprom fast alle Pipelines in Belarus. Die Erdölinfrastruktur befindet sich jedoch noch weitgehend in belarussischer Hand. Zentral sind hier der durch Belarus verlaufende Teil der

Druschba-Pipeline sowie die Erdölraffinerie in Nawapolatsk. Zudem hält Belarus die Mehrheitsanteile an der Mazyr Raffinerie, während der russische Erdölkonzern Slavneft (welcher von GazpromNeft und Rosneft kontrolliert wird) die restlichen 42,58 Prozent besitzt. Wie im Falle von Erdgas möchte Russland auch die Kontrolle über die gesamte belarussische Erdölinfrastruktur übernehmen.

Insgesamt hat Belarus seine Rolle als Transitland in den vergangenen Jahren zunehmend eingebüßt, da Russland in alternative Exportrouten investiert hat: Das Baltische Pipelinesystem (BPS) transportiert nun einen Großteil des russischen Rohöls über die russischen Ostseehäfen und die Nord Stream Pipeline liefert Erdgas durch die Ostsee direkt nach Deutschland.

Energiekonflikte

Im Jahr 2016 häuften sich die Probleme in den belarussisch-russischen Beziehungen und führten zu wachsenden Spannungen zwischen den beiden Ländern. Ein maßgebliches Problem stellte dabei der Konflikt über russische Energielieferungen dar.

Schon seit 2014 koppelte Russland die Subventionierung seiner Erdöl- und Erdgaslieferungen an Bedingungen für Belarus, wie eine Teilnahme an und Integration in die Eurasischen Wirtschaftsunion (EAEU), den Verkauf von Unternehmen an Russland, sowie die Unterstützung der russischen Politik in der Ukraine.

Belarus hat jedoch seine Unzufriedenheit über die Ergebnisse seiner Mitgliedschaft in der EAEU geäußert, wie zum Beispiel nicht-tarifliche Handelshemmnisse und das damit einhergehende Fehlen eines gemeinsamen Energiemarktes. Belarus möchte alle Zölle abschaffen und einen einheitlichen Erdöl- und Erdgasmarkt mit Russland schaffen, was zu einer Angleichung der Preise in Belarus an die des russischen Binnenmarktes führen würde. Andererseits hat die Relevanz des Zugangs zu günstigem russischen Öl und Gas mit dem Verfall der Weltmarktpreise seit Ende 2014 abgenommen (während dies ursprünglich einer der Hauptfaktoren für den Beitritt von Belarus zur EAEU war).

Der jüngste Energiestreit begann als Belarus, auf die eigene Mitgliedschaft in der EAEU verweisend, folgte, dass es ein Anrecht auf russische Binnenmarktpreise für Erdgas habe, welche deutlich geringer waren, als die Exportpreise. Im ersten Quartal 2016 bezahlte Belarus 142 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter russischen Gases. Dieser Preis sollte gemäß des Liefervertrages mit Gazprom auf 132 US-Dollar im zweiten Quartal 2016 reduziert werden.

Im März 2016 bemühte Belarus sich jedoch, eine weitere Preisminderung durchzusetzen. Es forderte eine Reduzierung des Preises auf 117 US-Dollar pro 1.000

Kubikmeter bis die EAEU vollständig etabliert ist (während der russische Durchschnittspreis für europäische Kunden bei 185 US-Dollar lag). Im April folgte dann die Forderung von Belarus, den Preis auf 80 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter zu reduzieren. Gazprom wies diese Forderungen zurück.

Im Gegenzug erklärte Gazprom im Mai 2016, dass Belarus im ersten Quartal 2016 insgesamt 125 Millionen US-Dollar zu wenig für die russischen Erdgaslieferungen gezahlt habe, während Belarus jegliche Schulden bestritt. Vielmehr beharrte Belarus darauf, dass gemäß vertraglicher Vereinbarungen mit Gazprom von 2011, das Land nach 2015 nur noch den russischen Binnenmarktpreis zahlen müsse. Während Belarus 132 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter berechnet wurden, schätzte es den angepassten Preis auf 73 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Gazprom wandte jedoch ein, dass ein Übergang zu Binnenmarktpreisen nicht obligatorisch sei, nicht von den beiden Parteien ausgehandelt wurde und daher der vereinbarte alte Preis von 132 US-Dollar weiterhin bindend sei.

In einem Versuch, Belarus zur Begleichung der Schulden zu zwingen, reduzierte Russland seine Erdöllieferungen für belarussische Raffinerien seit Juni 2016 von jährlich 24 Millionen Tonnen auf 18 Millionen Tonnen. Dies hatte tiefgreifende Konsequenzen für den belarussischen Staatshaushalt, in dem Einnahmen aus dem Verkauf von Raffinerieprodukten eine zentrale Rolle spielen.

Da kein Kompromiss gefunden werden konnte, kündigte der russische Pipelinebetreiber Transneft eine weitere Reduzierung von Erdöllieferungen um 1,5 Millionen Tonnen im ersten Quartal 2017 an, worauf die belarussischen Behörden ihrerseits eine Erhöhung der Transitgebühren für russisches Öl in die Europäische Union um 20,5 Prozent ankündigten.

Im Laufe des Jahres 2016 sammelten sich immer mehr Probleme und Unstimmigkeiten zwischen Minsk und Moskau an. Als Reaktion boykottierte der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka den EAEU Gipfel in Sankt Petersburg am 26. Dezember 2016, weshalb die für den Gipfel zur Unterschrift vorbereiteten Zollbestimmungen der EAEU nicht in Kraft treten konnten.

Erst bei einem Treffen zwischen den Präsidenten der beiden Staaten am 3. April 2017 in Sankt Petersburg konnte eine politische Vereinbarung über Regelungen für eine bessere zukünftige Kooperation im Öl- und Gassektor getroffen werden. Da Russland die einseitigen Preisänderungen von Belarus nicht akzeptierte, betrug die Schulden im April 2017 bereits 723 Millionen US-Dollar, welche Belarus am 12. April vollständig zurückzahlte. Am selben Tag unterzeichnete Präsident Lukaschenka auch die Zollbestimmungen der EAEU.

Daraufhin stimmte Russland am 13. April 2017 zu, die Erdöllieferungen nach Belarus bis 2024 auf jährlich 24 Millionen Tonnen festzusetzen, Belarus von der Verpflichtung, jährlich 1 Million Tonnen an Petroleumprodukten an Russland zu liefern, zu entbinden und Belarus einen Kredit in Höhe von 1,6 Milliarden US-Dollar zu gewähren. Zusätzlich wird Gazprom die Erdgaspreise für Belarus in den Jahren 2018 und 2019 um 20 Prozent verringern, sprich auf einen Preis von 130 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter.

Im Juni 2017 wurde eine bilaterale Regierungskommission eingesetzt, die bis zum Ende des Jahres ein Dokument zur Schaffung des gemeinsamen Marktes für Erdgas ausarbeiten soll. Bereits Ende Mai hatte Belarus die EAEU aufgerufen, die Einrichtung des gemeinsamen Erdgasmarktes zu beschleunigen, da dies für die belarussische Elektrizitätswirtschaft von größter Bedeutung sei.

Fazit

Der jüngste Energiestreit ist Teil einer umfassenden Diskussion über die Beziehungen der beiden Staaten zueinander, über die Art der Kooperation und das Ausmaß des russischen Einflusses in Belarus.

Insbesondere seit dem russisch-ukrainischen Konflikt, der im November 2013 begann, ist Russland nachdrücklicher und fordernder gegenüber Minsk geworden. Gleichzeitig konnte sich Russland, nach dem Verfall der Weltmarktpreise für Erdöl- und Erdgas sowie den wirt-

schaftlichen Sanktionen im Zuge der Ukraine Krise seit 2014, die vorherige Großzügigkeit nicht mehr leisten. In Folge dessen reduzierte Russland die Unterstützung für Belarus stetig. Die russischen Subventionen entsprachen aber 2015 immer noch etwas über 10 Prozent des belarussischen Bruttoinlandsprodukts. Aufgrund der alternativen Transitrouten für Energieexporte reduzierte sich gleichzeitig auch die russische Abhängigkeit von Belarus als Transitland.

Im Ergebnis erwartet die russische Regierung im Gegenzug für Energiesubventionen zunehmend Zugeständnisse von Belarus: ein erhöhtes Engagement in den Integrationsbemühungen für die EAEU und Unterstützung der russischen Ukrainepolitik. Präsident Lukaschenka hingegen versucht politische Konzessionen zu vermeiden und, parallel dazu, möglichst weitgehende wirtschaftliche Subventionen zu erhalten, die in Anbetracht der Wirtschaftskrise des Landes dringend erforderlich sind.

Aus diesen Gründen eskalierte der Energiestreit zwischen Russland und Belarus seit Anfang 2016 und führte zu bisher längster Krise zwischen den beiden Staaten, welche fast alle Aspekte der Kooperation erfasste. Im April 2017 kamen die beiden Parteien jedoch zu einer Übereinkunft, die die meisten Probleme beseitigen konnte, allen voran die Konditionen russischer Öl- und Gaslieferungen für die kommenden Jahre. Nichtsdestotrotz bleiben viele Fragen offen und die Möglichkeit weiterer Konflikte in der Zukunft ist nicht auszuschließen.

Über den Autor

Dr. Andreas Heinrich ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen. Sein Hauptforschungsgebiet sind Energiebeziehungen in der ehemaligen Sowjetunion.

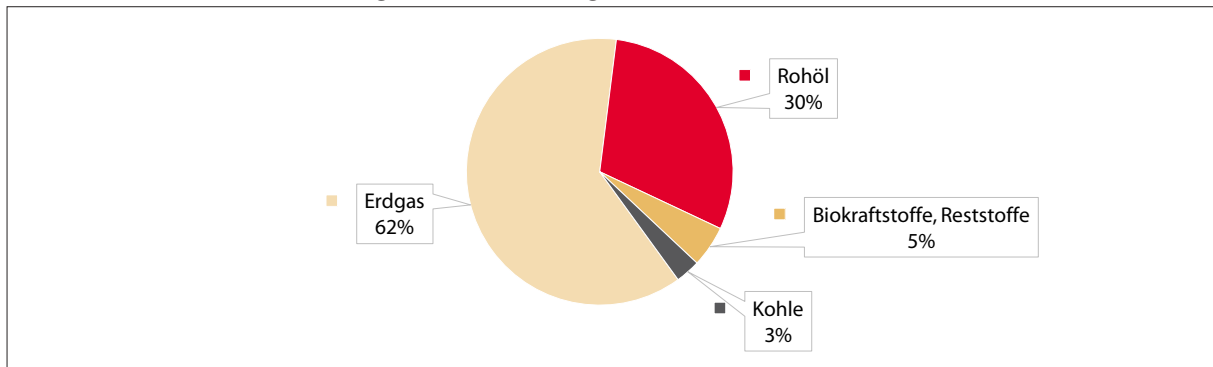
Der Beitrag erschien zuerst in englischer Sprache im *Russian Analytical Digest* No. 206. Der Autor dankt Stefan Schwarz (Frankfurt/Main) für seine Unterstützung bei der Übertragung des Beitrags aus dem Englischen.

Lesetips

- Astapenia, Ryhor/Balkunets, Dzmitry (2016) *Belarus-Russia relations after the Ukraine conflict*. Minsk/ London: Ostrogorski Centre (Analytical Paper 5), <<http://belarusdigest.com/papers/belarus-russia-relations.pdf>>.
- Bolkunets, D.V. (2016) Russian–Belarusian energy cooperation, *Problems of Economic Transition*, 58(6): 512–525.
- Heinrich, Andreas (2011) Konfliktreiche Energiepolitik in Belarus, *Belarus-Analysen*, No. 2, 26 July, 11–18, <<http://www.laender-analysen.de/belarus/pdf/BelarusAnalysen02.pdf>>.
- Kardaś, Szymon/Kłysiński, Kamil (2017) *The story that never ends: A new stage in the energy dispute between Russia and Belarus*. Warsaw: Ośrodek Studiów Wschodnich (OSW Commentary No. 242), <https://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_242.pdf>.
- Kłysiński, Kamil (in cooperation with Wojciech Górecki) (2017) The risk of escalating tensions in Minsk–Moscow relations, *OSW Analyses*, 1 April, <<https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/analyses/2017-01-04/risk-escalating-tensions-minsk-moscow-relations>>.

Belarus' Energieversorgung

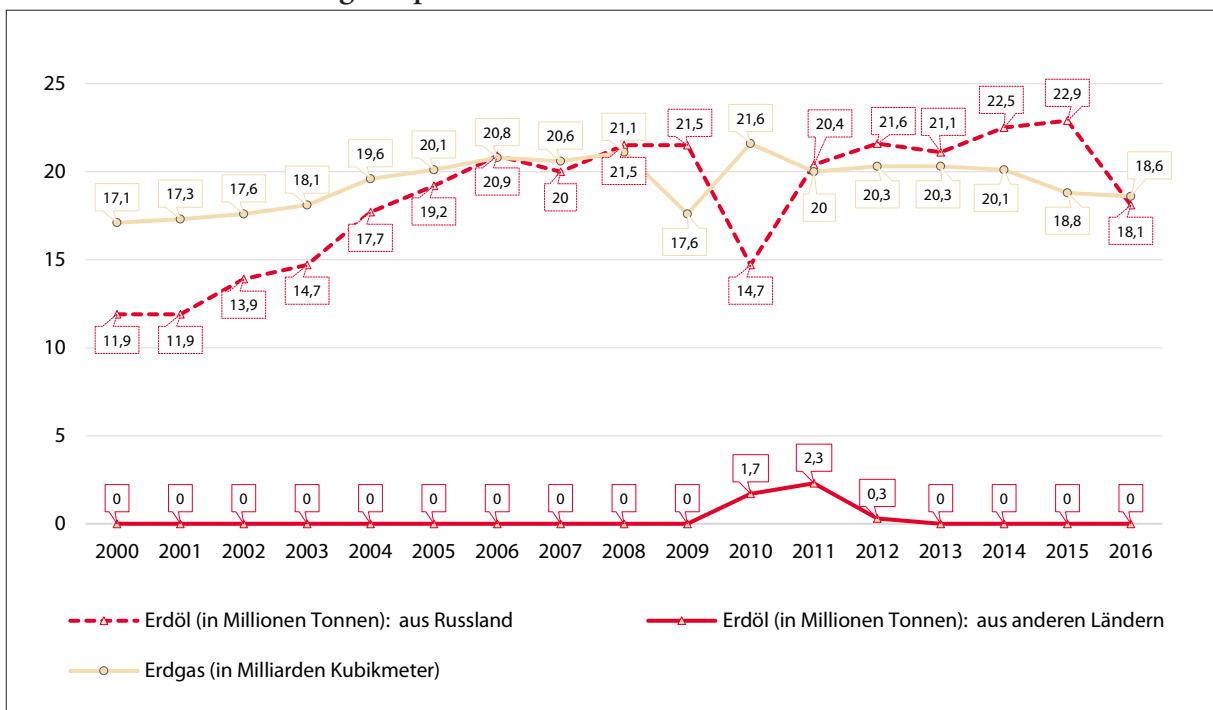
Grafik 1: Zusammensetzung des Primärenergiebedarfs von Belarus



Anmerkung: Alle Energiequellen mit einem Wert von mehr als 0.1%. Der gesamte Primärenergiebedarf betrug 27.460 ktoe (Kilotonnen Öleinheiten). Letztes verfügbares Jahr: 2014.

Quelle: International Energy Agency (Paris), <<http://www.iea.org/statistics/statisticssearch/report/?country=Belarus&product=balances>> (22.8.2017).

Grafik 2: Erdöl- und Erdgasimporte



Anmerkung: Alle Erdgasimporte stammen aus Russland.

Quellen: National Statistical Committee of the Republic of Belarus, <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/macroeconomy-and-environment/vneshnyaya-torgovlya_2/osnovnye-pokazateli-za-period-s-__-po-___gody_10/imports-of-major-products/> (22.8.2017), National Statistical Committee of the Republic of Belarus (2014) Statistical Yearbook 2014. Minsk: National Statistical Committee, S. 492; National Statistical Committee of the Republic of Belarus (2016) Statistical Yearbook 2016. Minsk: National Statistical Committee, S. 482.

Tabelle 1: Eigenproduktion an Energieressourcen

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Torf (1.000 Tonnen)	2.307	2.125	2.502	2.361	2.216	2.352	2.704	2.679	2.269	1.433	1.015
Erdöl inklusive Erdgaskondensat (1.000 Tonnen)	1.785	1.780	1.760	1.740	1.720	1.700	1.681	1.660	1.645	1.645	1.645
Erdölgas (Millionen Kubikmeter)	228	219	201	203	205	213	222	218	228	222	225
Biogas (1.000 Tonnen Steinkohleeinheiten)	–	–	–	–	–	3	4	6	13	13	14
Brennholz (1.000 Festmeter)	4.739	5.370	5.537	5.508	5.010	5.437	6.292	6.173	6.150	5.896	5.064
Andere Brennstoffe (1.000 Tonnen Steinkohleeinheiten)	378	408	429	476	456	495	528	539	526	569	594
Wind-, Wasser und Solarenergie (Gigawattstunden)	37	37	36	40	46	46	46	78	146	132	140

Quelle: National Statistical Committee of the Republic of Belarus, <http://www.belstat.gov.by/en/ofitsialnaya-statistika/real-sector-of-the-economy/energy-statistics/annual-data_4/primary-energy-production/> (22.8.2017).

12. Juni – 24. September 2017

13.–14.06.2017	Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Aleh Krautschanka, nimmt am achtem Jahresforum der EU-Ostseestrategie in Berlin teil. Dabei werden u. a. Arbeitsgespräche mit Vertretern des deutschen Außenministeriums, des Bundeskanzleramtes, des deutsch-belarussischen Unternehmerrats, der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) und der Stiftung »Wissenschaft und Politik« (SWP) durchgeführt.
14.06.2017	Die USA verlängern die im Jahr 2006 verhängten Sanktionen gegen eine Reihe belarussischer Staatsfunktionäre um ein weiteres Jahr. Das belarussische Außenministerium äußert sein Bedauern darüber, dass sich die neue US-Administration in ihrer Belarus-Politik »veralteter Klischeebilder« bediene.
15.06.2017	Das litauische Parlament verabschiedet ein Gesetz, dem zufolge das sich im Bau befindende Atomkraftwerk in Belarus unsicher sei und eine Bedrohung für die nationale Sicherheit, die Umwelt und die öffentliche Gesundheit Litauens darstelle. Das Außenministerium von Belarus bewertet die Entscheidung Litauens als einen »unfreundlichen Akt« des Nachbarlandes.
15.–16.06.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, hält sich zu einem Arbeitsbesuch in der Tschechischen Republik auf. Er führt Gespräche mit dem tschechischen Ministerpräsidenten Bohuslav Sobotka und dem Außenminister des Landes, Lubomír Zaorálek. Dabei werden u. a. Fragen der bilateralen Zusammenarbeit, der Entwicklung des Dialogs zwischen Belarus und der EU sowie aktuelle Probleme der internationalen Politik besprochen. Tschechien sei bereit, den Beitritt der Republik Belarus zur WTO zu unterstützen, berichtet das belarussische Außenministerium. Das Ziel von Belarus seien enge, partnerschaftliche Beziehungen mit den Ländern der EU, so Makej.
19.06.2017	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt am achten jährlichen Außenministertreffen der EU-Mitgliedsstaaten und der Staaten der Östlichen Partnerschaft (ÖP) in Luxemburg teil. Makej trifft sich im Rahmen eines Sondertreffens der Außenminister der ÖP mit der Hohen Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, und dem EU-Kommissar für Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen, Johannes Hahn. Im Mittelpunkt des Gesprächs stehen die militärpolitische Situation in der Region, die Bewältigung globaler Herausforderungen und Bedrohungen wie Terrorismus, Cyberkriminalität und Klimawandel.
21.06.2017	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk. Dabei wird entschieden, dass eine Waffenruhe in der Ostukraine ab 24. Juni in Kraft treten soll.
22.06.2017	Das jährliche Treffen der Außenminister der Zentraleuropäischen Initiative (CEI) findet in Minsk statt. Am Rande des Treffens führt der belarussische Außenminister Uladsimir Makej Gespräche u. a. mit dem Außenminister Ungarns, Péter Szijjártó, und dem slowakischen Außenminister, Miroslav Lajčák. Ungarn und die Slowakei sind an einer positiven Entwicklung der Beziehungen zwischen Belarus und der EU interessiert.
22.06.2017	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka erklärt während eines Treffens der Außenminister der CEI in Minsk, es sei für Belarus wichtig, sowohl mit dem Osten, als auch mit dem Westen kooperieren zu können, ohne eine Wahl zwischen den Partnern treffen zu müssen.
22.–23.06.2017	Eine Delegation von Vertretern der belarussischen Opposition – Wital Rymaschewski (»Belarussische Christliche Demokratie«), Hanna Kanapazkaja (Mitglied des belarussischen Parlaments) sowie Juras Hubarewitsch (Bewegung »Für die Freiheit«) – führt in Berlin Gespräche mit Vertretern des Bundestages, des Auswärtigen Amtes sowie von Think-Tanks und NGOs. Der Vorsitzende der »Vereinigten Bürgerpartei«, Anatol Ljabledska, nimmt währenddessen am Gipfel der »Europäischen Volkspartei« (EVP) in Brüssel teil.
25.06.2017	Der Außenminister Russlands, Sergej Lawrow, erklärt in einem Interview gegenüber dem belarussischen Fernsehsender ONT, die positiven Entwicklungen in den Beziehungen zwischen Belarus und der EU stellen keinen Störfaktor für Russland da.
26.06.2017	Die kanadische Regierung gibt die Aufhebung der 2006 eingeführten Wirtschaftssanktionen gegen Belarus ab dem 12. Juli 2017 bekannt. Diese Sanktionen waren vor elf Jahren aufgrund der Menschenrechtsverletzungen in Belarus verhängt worden.
26.–28.06.2017	Der Präsident Vietnams, Trần Đại Quang, hält sich mit einer Delegation zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Im Mittelpunkt seines Gesprächs mit Präsident Lukaschenka steht die Kooperation in den Bereichen Handel, Wirtschaft und Investitionen. Die Seiten einigen sich darauf, den bilateralen Warenumsatz auf 500 Mio. US-Dollar anzuheben. Darüber hinaus werden Vereinbarungen in den Bereichen Sicherheit, Verteidigung, Bildung, Kultur, Wissenschaft, Technologien, Sport und Tourismus getroffen.

27.06.2017	Laut einem Bericht von Andrea Rigoni, dem Berichtersteller der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) über die Lage in Belarus, sei keine systematische Verbesserung der Menschenrechtssituation in Belarus zu beobachten: Trotz der Verbesserung des politischen Klimas 2017 seien politische Freiheiten, einschließlich der Redefreiheit, der Versammlungsfreiheit und der Religionsfreiheit, weiterhin eingeschränkt. Rigoni stellt seinen Bericht während der Debatten zu Belarus auf einer PACE-Sitzung in Straßburg vor.
27.06.2017	In einer Entschließung hält die Parlamentarische Versammlung des Europarates ihr Bedauern über die Menschenrechtsverletzungen in Belarus fest und fordert die belarussischen Behörden u. a. zur Einstellung des Baus des Atomkraftwerks in Belarus auf. Das belarussische Außenministerium hält mehrere Punkte der Entschließung für »nicht objektiv«.
29.–30.06.2017	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka nimmt am 4. Forum der Regionen Russlands und der Republik Belarus sowie an der Sitzung des Obersten Staatsrates des Unionsstaates von Russland und Belarus teil und trifft sich mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin. Lukaschenka hoffe auf eine konstruktive Kooperation zwischen Russland und Belarus in Fragen des Erdöl- und Gasexportes sowie der Imports substitution, berichten Medien.
03.07.2017	In Belarus wird der Tag der Befreiung von der nationalsozialistischen Besatzung gefeiert, der zugleich offiziell als Tag der Unabhängigkeit gilt. In Minsk findet eine Militärparade statt.
04.07.2017	In Minsk findet ein »Paralleforum der Zivilgesellschaft« der OSZE unter der Beteiligung von über 100 Vertretern von Menschenrechtsorganisationen aus Belarus und dem Ausland statt. Unter anderem folgt der UN-Sonderberichtersteller zu Belarus, Miklos Haraszti, einer Einladung zu dem Forum.
05.–09.07.2017	In Minsk findet die 26. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung (PV) der OSZE statt. Der litauische Resolutionsentwurf zu Belarus, in der die Menschenrechtssituation in Belarus sowie der Bau des Atomkraftwerkes kritisiert werden, wird von der Tagesordnung gestrichen. Ein Beschluss des Ausschusses für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen über die Lage in Osteuropa, in dem u. a. die Situation in Belarus kritisiert wird, wird nicht in die Schlusserklärung der PV der OSZE übernommen. Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses für internationale Angelegenheiten im belarussischen Parlament, Walery Waranezki, bezeichnet den Ausgang der PV-Tagung »einen Sieg der belarussischen Diplomatie«.
06.07.2017	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka trifft sich mit einer Delegation des US-Kongresses zur Jahrestagung der PV der OSZE in Minsk. Der Präsident spricht sich für einen Ausbau des konstruktiven Dialogs mit den USA aus.
09.07.2017	Der US-Senator und Leiter einer Delegation des US-Kongress, Roger Wicker, gibt dem belarussischen Fernsehsender »Belarus 1« ein Interview. Wicker spricht über mögliche Schritte zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Belarus und den USA. Unter anderem könne die Registrierung der politischen Parteien und NGOs in Belarus eine solche Maßnahme darstellen.
12.07.2017	In Minsk findet der 19. Kongress der russischsprachigen Presse statt. Präsident Aljaksandr Lukaschenka spricht u. a. über die große Bedeutung der russischen Sprache für die Gesellschaft, Kultur und Geschichte von Belarus.
12.–14.07.2017	Der Präsident von Moldau, Igor Dodon, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich mit seinem belarussischen Kollegen Aljaksandr Lukaschenka. Außerdem besucht er einige staatliche Unternehmen und Museen. Dodon zeigt sich u. a. von der starken Machtvertikale in Belarus positiv beeindruckt.
13.07.2017	Der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, teilt in einer Stellungnahme mit, das russisch-belarussische Militärmanöver »Sapad-2017« (»Westen 2017«) stelle keine Gefahr für die NATO-Mitgliedstaaten dar.
14.07.2017	Der Außenminister von Belarus, Uladsimir Makej, gibt der spanischen Zeitung »El País« ein Interview. Belarus sei stark an einer tieferen Zusammenarbeit mit der EU interessiert, so Makej. Der Außenminister spricht sich gegen die Stationierung neuer NATO-Truppen in den baltischen Staaten und Polen aus, da dies die Stabilität und Sicherheit in der Region gefährde.
16.–17.07.2017	In Belarus findet die 7. Tagung der »Belarussen der Welt« statt, an der ca. 300 Personen teilnehmen. Die belarussische Regierung wird von den Delegierten u. a. dazu aufgefordert, ein staatliches Programm zur Förderung der belarussischen Sprache einzurichten.

18.–19.07.2017	Die Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu Belarus unter Leitung von Bogdan Zdrojewski hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf. Es finden Treffen mit Außenminister Makej, mit Abgeordneten des belarussischen Parlaments, mit Regierungsvertretern sowie mit Repräsentanten der Opposition und der Zivilgesellschaft statt. Das Europäische Parlament wolle die Zusammenarbeit mit Belarus sowie die Unterstützung des belarussischen Volkes fortsetzen, so Zdrojewski. Das belarussische Parlament werde allerdings von der EU nicht als demokratisch gewählt anerkannt.
18.–20.07.2017	Der Außenminister Lettlands, Edgars Rinkēvičs, hält sich mit einer Delegation zu einem Arbeitsbesuch in Belarus auf. Während des Besuchs trifft sich Rinkēvičs mit Vertretern der belarussischen Opposition, mit seinem Amtskollegen Uladsimir Makej sowie mit Vertretern der Regierung, u. a. des Wirtschaftsministeriums.
19.07.2017	In Minsk findet eine weitere Sitzung der trilateralen Gruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
20.07.2017	In Brüssel findet turnusgemäß die nächste Runde des Menschenrechtsdialogs der EU mit Belarus unter Beteiligung der offiziellen belarussischen Delegation sowie von Vertretern der Zivilgesellschaft statt.
20.–21.07.2017	Präsident Aljaksandr Lukaschenka besucht die Ukraine mit einer Delegation und trifft sich u. a. mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko. Lukaschenka versichert seinem ukrainischen Amtskollegen, dass von belarussischem Territorium keine militärische Aggression gegen die Ukraine möglich sei.
22.07.2017	Der Europarat verurteilt die zwei Todesurteile in Belarus, die am 21. Juli gegen Ihar Herschankau und Sjamjon Berashnoj verhängt wurden; er ruft darüber hinaus Belarus erneut zur Einführung eines Moratoriums hinsichtlich der Todesstrafe auf.
23.–25.07.2017	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka hält sich zu einem Arbeitsbesuch in Slowenien auf und führt u. a. Gespräche mit dem Präsidenten Sloweniens, Borut Pahor, mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Außenminister Sloweniens, Karl Viktor Erjavec, dem Bürgermeister von Ljubljana, Zoran Janković, sowie mit slowenischen Unternehmern. Im Mittelpunkt der Treffen stehen neben anderem die Themen Handel, Wirtschaft und Investitionen.
02.08.2017	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine tagt erneut in Minsk.
08.08.2017	Der Außenminister von Polen, Witold Jan Waszczykowski, kündigt an, dass Polen keinen Strom aus dem belarussischen Atomkraftwerk importieren werde.
23.08.2017	Die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine trifft sich zu einer weiteren Gesprächsrunde in Minsk.
25.08.2017	Der Generalsekretär der NATO, Jens Stoltenberg, ermahnt Belarus und Russland, ihren internationalen Verpflichtungen hinsichtlich der absoluten Transparenz des gemeinsamen Militärmanövers »Sapad-2017« nachzukommen. Diese seien bisher nicht erfüllt worden.
26.08.2017	In Minsk findet eine durch die christlich-konservative Partei »Belarussische Volksfront« organisierte Versammlung der patriotischen Kräfte von Belarus statt. Die Delegierten rufen die belarussische Regierung dazu auf, das gemeinsame Militärmanöver mit Russland »Sapad-2017« aufgrund der dadurch entstehenden Gefahr für die nationale Sicherheit abzusagen.
26.–31.08.2017	Eine offizielle Delegation der Republik Sudan unter der Leitung des Vorsitzenden der Nationalversammlung, Ibrahim Ahmed Omer, weilt zu einem Besuch in Belarus. Die Delegation besucht u. a. das Parlament, mehrere Ministerien sowie staatliche Unternehmen und macht sich mit dem Wirtschafts-, Industrie-, Landwirtschafts-, Wissenschafts- und Bildungspotenzial des Landes bekannt.
27.–28.08.2017	Der Außenminister Ägyptens, Samih Schukri, stattet Belarus einen offiziellen Besuch ab und trifft sich u. a. mit seinem Amtskollegen Uladsimir Makej und mit Präsident Aljaksandr Lukaschenka. Makej erklärte, es gebe eine zunehmende wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Belarus und Ägypten.
29.–30.08.2017	Eine Parlamentsdelegation aus Polen besucht Belarus und führt Gespräche mit den stellvertretenden Vorsitzenden des belarussischen Parlaments, Boleslaw Pirschtuk und Maryjana Schtschotkina, mit Abgeordneten des belarussischen Parlaments sowie mit Vertretern des Außenministeriums und der Opposition. Die Gespräche konzentrieren sich v. a. auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit, internationale Politik sowie auf Fragen der bilateralen Kooperation.
31.08.2017	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej nimmt an der Plenarsitzung der Außenminister der Staaten der Östlichen Partnerschaft und der Visegrád-Gruppe in Ungarn teil.
03.09.2017	Die Bewegung »Für die Freiheit« erklärt, das für September geplante Militärmanöver von Russland und Belarus »Sapad-2017« (»Westen-2017«) widerspreche dem in der belarussischen Verfassung festgeschriebenen neutralen Status von Belarus.

04.–05.09.2017	Der Außenminister Georgiens, Micheil Dschanelidse, weilt zu einem offiziellen Besuch in Belarus. Dabei trifft er sich u. a. mit dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka sowie mit seinem Amtskollegen Uladsimir Makej. Es wird dabei betont, dass die beiden Länder in ihren bilateralen Beziehungen praktisch keine Problembereiche hätten. Dschanelidse dankt Belarus für die Unterstützung bei der Wahrung der territorialen Integrität Georgiens.
06.09.2017	In Minsk findet eine weitere Sitzung der Kontaktgruppe zur Beilegung der Krise in der Ukraine statt.
07.09.2017	In Minsk findet die internationale Konferenz »Die Zukunft der Östlichen Partnerschaft vor dem Hintergrund der wachsenden regionalen Turbulenzen« statt. Teilnehmer sind Experten und Diplomaten aus Belarus und aus dem Ausland. Der stellvertretende Außenminister von Belarus, Aleh Krautschanka, betont, dass Belarus keine Wahl zwischen dem Westen und Osten treffen wolle und beide außenpolitischen Ausrichtungen für Belarus wichtig seien.
08.09.2017	In Minsk findet eine vom Oppositionspolitiker Mikola Statkewitsch organisierte und von den Behörden nicht genehmigte Protestaktion gegen das russisch-belarussische Militärmanöver »Sapad-2017« statt. Daran nehmen ca. 150 Menschen teil.
09.09.2017	Der litauische Außenminister Linas Linkevičius fordert Russland dazu auf, das russisch-belarussische Militärmanöver »Sapad-2017« abzusagen. Litauen äußert seine Sorge darüber, dass die Militärpräsenz Russlands in Belarus dauerhaft werden könne.
11.–12.09.2017	Der belarussische Präsident Aljaksandr Lukaschenka weilt zu einem offiziellen Besuch in Indien. Unter anderem finden Unterredungen mit dem indischen Präsidenten Ram Nath Kovind und Regierungschef Narendra Modi statt. Es wird eine Reihe von bilateralen Vereinbarungen und Memoranden unterzeichnet, u. a. in den Bereichen Kultur, Bildung, Jugend, Energie, Investitionen und Tourismus.
11.–15.09.2017	Eine internationale Expertengruppe zur Frage der Todesstrafe besucht Belarus auf Einladung der entsprechenden Arbeitsgruppe im belarussischen Parlament sowie der Botschaft von Großbritannien in Minsk. Der Besuch findet im Rahmen des Projekts statt, durch das die Bevölkerung von Belarus über die Anwendungspraxis der Todesstrafe und die Argumente für die Einführung eines Moratoriums informiert werden soll. Die Experten besuchen Minsk, Hrodna und Lida, wo sie mit Parlamentariern, Vertretern des Außenministeriums, der Generalstaatsanwaltschaft, lokaler Behörden, der Zivilgesellschaft sowie mit Wissenschaftlern, Studierenden und Universitätsprofessoren sprechen.
12.–14.09.2017	Der Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRR), Suma Chakrabarti, hält sich zu einem offiziellen Besuch in Belarus auf und trifft sich u. a. mit dem belarussischen Präsidenten Aljaksandr Lukaschenka, mit Vertretern der Zivilgesellschaft, Unternehmensvertretern und mit Diplomaten. Die Ereignisse der letzten Jahre in Belarus, beispielsweise die Rolle von Belarus bei der Beilegung der Ukraine-Krise, hätten das Image des Landes deutlich verbessert, so Chakrabarti.
13.09.2017	Die Europäische Union wird der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung 6 Mio. Euro zur Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen in Belarus zur Verfügung stellen; im belarussischen Wirtschaftsministerium wird eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet.
14.09.2017	In Montenegro findet die 6. Tagung der Vertragsparteien des Übereinkommens von Aarhus der Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen (UNECE) statt. Es wird u. a. erklärt, dass Belarus seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, indem die belarussische Gesellschaft nicht ausreichend über die Umweltfolgen des Baus des Atomkraftwerks in Astrawets informiert bzw. nicht an den Entscheidungsprozessen beteiligt wird.
14.–20.09.2017	In Belarus und Russland findet das gemeinsame Militärmanöver »Sapad-2017« (»Westen-2017«) der beiden Länder statt. Nach offiziellen belarussischen Angaben nehmen rund 10.200 Militärangehörige daran teil, darunter ca. 3.000 aus Russland. Das Militärmanöver wird von ca. 80 ausländischen Vertretern (u. a. der UNO, NATO, OSZE) beobachtet.
15.09.2017	Uladsimir Nekljajeu, Initiator der Kampagne »Sag die Wahrheit« und ehemaliger Präsidentschaftskandidat, wird von einem Minsker Gericht wegen seiner Teilnahme an der Protestaktion vom 8. September in Minsk zu sieben Tagen Arrest verurteilt.
20.09.2017	In Minsk tagt die trilaterale Kontaktgruppe zur Beilegung der Ukraine-Krise.

19.–23.09.2017	Der belarussische Außenminister Uladsimir Makej hält sich anlässlich der 72. Sitzung der UN-Vollversammlung in New York auf. Er nimmt an der Eröffnung der hochrangigen Debatte teil und führt eine Reihe bilateraler Gespräche, u. a. mit dem Vorsitzenden der Vollversammlung, Miroslav Lajcak, dem Leiter des UN-Entwicklungsprogramms, Achim Steiner, und der ehemaligen <i>Assistant Secretary of State</i> im US-Außenministerium, Victoria Nuland. Belarus rufe zur Beendigung des Kalten Kriegs auf und biete eine Plattform für globale Verhandlungen, erklärte Makej dabei.
21.09.2017	Der Beauftragte für Osteuropa, den Kaukasus und Zentralasien im Auswärtigen Amt, Andreas Peschke, erklärt bei einem Treffen mit belarussischen Journalisten, die sich im Vorfeld der Bundestagswahl zu einer Informationsreise durch die Bundesrepublik Deutschland aufhalten, Deutschland werde seiner nachhaltigen Politik der Annäherung mit Belarus treu bleiben.

Zusammengestellt auf der Grundlage der Meldungen der Nachrichten-Agentur BelaPAN und der Homepage naviny.by.

Sie können die gesamte Chronik ab dem 14.03.2011 auch auf <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Belarus-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Heiko Pleines (verantwortlich), Olga Dryndova

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Belarus-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Belarus-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter <www.laender-analysen.de>

ISSN 2192-1350 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <<http://www.laender-analysen.de/belarus/>>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen zur post-sowjetischen Region werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Polen-Analysen werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut, der Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies>